Nr. 153. Mittwoch, den 29. Dezember 1875. **5. Jahrgang.**

Diese Zeitung erscheint dreimal wöchentlich, und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Bestellungen werden bei allen Postämtern, in Berlin bei der Expedition, sowie bei jedem Spediteur entgegengenommen.

Neuer Social-Demokrat.

Organ der Socialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands.

Redaction u. Expedition: Berlin, SO., Kaiser Franz-Grenadier-Pl. 8a.

Inserate (nur in der Expedition aufzugeben) werden pro fünfgespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet. Versammlungs-Annoncen die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pf. Sogenannte Reklame-Anzeigen werden nicht aufgenommen.

Abonnements-Preis: Für Berlin incl. Bringerlohn vierteljährlich praenumerando 1 Rm. 95 Pf., monatlich 65 Pf., einzelne Nummern 10 Pf.; bei den Postämtern in Deutschland incl. Porto 1 Rm. 60 Pf., frei in's Haus 1 Rm. 95 Pf. — Kreuzband-Abonnements pro Quartal und Exemplar: für Deutschland und Oesterreich 3 Rm., für Niederlande und Belgien 3 Rm. 60 Pf., für Frankreich 4 Rm. 50 Pf., für England und Amerika 3 Rm. 55 Pf. Bestellungen auf Kreuzband-Abonnements sind nur bei der Expedition aufzugeben und müssen praenumerando gezahlt werden.

Abonnements-Einladung.

Beim nahen Ablauf des Quartals ersuchen wir unsere Abonnenten und Leser, nicht zu lange mit Erneuerung des Abonnements zu warten.

Für nach dem 29. d. M. bei den Post-Anstalten aufgegebene Abonnements sind

pro Exemplar 10 Pf. mehr

zu zahlen.

Für Abonnements vor dem 29. d. M., bei den Postanstalten aufgegeben, sind pro Exemplar und Quartal Mk. 1,60 ohne Bestellgeld, Mk. 1,95 mit Bestellgeld zu entrichten.

Für Berlin kostet unser Blatt durch die Spediteure frei in's Haus:

pro Quartal 1 Mark 95 Pf.,
pro Monat 65 Pfennige.

Alle kaiserl. Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen; für Berlin außerdem alle Zeitungs-Spediteure.

Um etwaigen Unannehmlichkeiten bei der Bestellung bei den Postämtern vorzubeugen, bitten wir, ausdrücklich

„den Neuen Social-Demokrat"
in Berlin

zu bestellen.

Derselbe ist in der Zeitungspreis-Liste pro 1876 unter

Nr. 2605

eingetragen.

Die Expedition.

Inhalt.

Was sind öffentliche und politische Angelegenheiten?
Politische Uebersicht: Zur Affaire in Bremerhaven. — Aus Prag. — Der Schwindler Zweck. — Unsere Gegner. — Liberale Bauernfängerei. — Türkisches. — Afrika. — Das Studium der Theologie.
Innere Parteiangelegenheiten.
Korrespondenzen: Kopenhagen. — Erfurt. — Bremen. — Halle a. S. — Lübeck. — Kottbus. — Allendorf.
Ein Avis für das neue Krankenkassengesetz.

Was sind öffentliche und politische Angelegenheiten?

Durch die Bourgeoisblätter lief vor circa 14 Tagen eine Notiz, der zufolge das preußische Obertribunal gegen Ende November eine Entscheidung gefällt haben soll, durch welche auch die rein gewerkschaftlichen Vereine, deren Thätigkeit sich lediglich auf Unterstützung bei Strikes und Arbeitsausschlüssen erstreckt und in deren Versammlungen keine Vorträge über allgemeine sociale Fragen gehalten werden, für Vereine politischer Natur erklärt würden, welche den §§ 2 respektive 8 des Vereinsgesetzes unterlägen, daher Statuten und Mitgliederverzeichnisse einreichen müßten und weder Zweigvereine besitzen, noch mit anderen Vereinen gleicher Art in Verbindung stehen dürften. Uns erschienen die wenigen Sätze dieser kurzen Notiz viel zu unklar gefaßt, um daraus entnehmen zu können, ob in der That durch diesen Obertribunalsbeschluß den sämmtlichen Gewerkschaften der Garaus gemacht wird, oder ob es beim Alten bleibt und nur die politisch-socialen Vorträge aus den Versammlungen solcher Vereine verbannt bleiben müssen. Wir müssen uns aus diesem Grunde auch heute noch jedes endgültigen Urtheiles enthalten und versparen dasselbe auf den Zeitpunkt, wo das Obertribunalserkenntniß in unseren Händen sein wird. Da aber mehrere Arbeiterblätter die erwähnte Zeitungsnotiz sofort abgedruckt und zum Theil als Todesurtheil aller gewerkschaftlichen Vereine betrachtet haben, so wollen wir nach den bisherigen Erfahrungen kurz vorführen, wie bisher die privaten, öffentlichen und politischen Angelegenheiten von dem preußischen Obertribunal aufgefaßt worden sind.

Die erwähnte Notiz ist in der „Kieler Zeitung" noch am ausführlichsten gebracht und lautet dort:

Die Erörterung socialer Fragen, z. B. die Verbesserung der Lage der Arbeiter im Allgemeinen, der Lohnfrage, ist nach einem kürzlich erfolgten Ober-Tribunals-Erkenntniß politischer Natur, und ein Verein, der die Erörterung derartiger Fragen bezweckt, als politischer zu erachten. Nach der Begründung kann es einem Zweifel nicht unterliegen, daß zu den „für die Erreichung des Staatszweckes dienlichen Mitteln und Einrichtungen auch die Ordnung aller derjenigen Angelegenheiten zu rechnen ist, welche zu der socialen Frage in Beziehung stehen, daß socialistische Fragen zu den wichtigsten Gegenständen sowohl der inneren als der internationalen Politik gehören, und ihre Ausscheidung aus dem Begriffe der politischen Angelegenheiten daher für rechtsirrthümlich erachtet werden muß.

Trotz dieser Ausführlichkeit bleibt uns aber gerade der wichtigste Punkt des Erkenntnisses unaufgeklärt: nämlich, was in dem nicht näher bezeichneten vorliegenden Rechtsfalle unter den Ausdrücken: „Lohnfrage" und „Angelegenheiten, welche zu der socialen Frage in Beziehung stehen", zu begreifen ist.

Die Arbeiter gebrauchen den Ausdruck „Lohnfrage" nämlich im Allgemeinen dort, wo es sich um den ganz privaten Fall handelt, daß zwischen einem oder mehreren Arbeitern und dem Unternehmer, welcher ihre Arbeitskraft verwerthen will, über die Höhe des Lohnes und die Dauer der Arbeitszeit Differenzen sich erheben. Sehr leicht ist es aber möglich, daß das Obertribunal den Ausdruck „Lohnfrage" dem französischen question du salariat entsprechend als „Frage der Lohnarbeit" deutet, also die Erörterung des Gegensatzes von Lohnarbeit und socialistischer Associationsarbeit darunter versteht, was allerdings auch nach der früheren Ansicht als politisch aufgefaßt wird. Das Gleiche betrifft den Ausdruck „die sociale Frage"; bezieht sich dieser auf das allgemeine Verhältniß von Arbeit und Kapital, von einer Gesellschaftsklasse zur anderen, so wird dies zweifellos von den Gerichten nicht nur als öffentliche, sondern auch als politische Frage aufgefaßt werden; faßt man aber den Begriff socialer Fragen so weit, daß jedes wirthschaftliche Verhältniß, auch das private Verhältniß bestimmter Arbeiter zu ihren Fabrikanten, darunter zu verstehen ist, so kann diesem unmöglich eine politische oder auch nur öffentliche Natur beigelegt werden, da sonst jeder Kaufabschluß an der Börse, jede Berathung mehrerer Associes eines Kompagniegeschäftes und jede Generalversammlung einer Aktien-Gesellschaft öffentliche Versammlungen wären, welche sich der Gegenwart behelmter Wächter des Gesetzes nach vorheriger polizeilicher Anmeldung zu erfreuen hätten.

Bestimmte Begrenzungen der fraglichen Ausdrücke sind leider nicht zu geben, doch können wir im Allgemeinen als feststehend annehmen:

Politische Angelegenheiten sind solche, welche den Staat und die staatsbürgerliche Gesellschaft, ihre Gesetze und socialen Einrichtungen in irgend einer Weise berühren, respective geeignet sind, unter Umständen hierauf einen Einfluß auszuüben.

Oeffentliche Angelegenheiten fallen mit den politischen im Allgemeinen zusammen, doch könnten außerdem auch noch solche darunter begriffen werden, welche das allgemeine Interesse der Gesammtheit berühren, ohne mit dem Staate und seinen Einrichtungen speziell etwas zu schaffen zu haben.

Private Angelegenheiten sind endlich jene, welche das civilrechtliche Verhältniß mehrerer Staatsbürger zu einander betreffen, ohne daß ein öffentliches Interesse in Frage kommt.

Zur näheren Erläuterung lassen wir ein freisprechendes und ein verurtheilendes Obertribunalserkenntniß hier folgen. Das erstere berührt nachstehenden Vorgang:

§§ 1, 2 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850. Begriff der öffentlichen Angelegenheiten.

Nach der richterlichen Feststellung besteht in N. eine sogenannte Schützengesellschaft, welche sich nach dem ihrer Konstituirung ausdrücklich zum Grunde gelegten Zwecke neben dem geselligen Vergnügen zu Schießübungen auch die feierliche Beerdigung ihrer Mitglieder und die Mitwirkung zur Feier vaterländischer Feste, endlich die Verherrlichung der Religion und insbesondere des öffentlichen Gottesdienstes bei kirchlichen Feierlichkeiten zur Aufgabe gemacht hat.

Der Angeklagte ist als Vorsteher dieser Gesellschaft beschuldigt, die von der Ortspolizeibehörde geforderte Auskunft über die Veränderung der Statuten und der Vereinsmitglieder nicht ertheilt, namentlich die Vorlage des Protokollbuches verweigert zu haben, und er ist deshalb auch vom ersten Richter aus §§ 2 und 12 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 zur Strafe verurtheilt.

Der Appellationsrichter spricht ihn frei, weil die Zwecke der gedachten Gesellschaft eine Einwirkung auf die öffentliche Angelegenheit nicht im Auge hätten. Solche Angelegenheiten nämlich müßten Staatsinteressen im Gegensatze von Privatinteressen, also Angelegenheiten politischen oder religiös-politischen Inhalts zum Gegenstande haben, um als öffentliche zu gelten. Davon sei aber hier nicht die Rede.

Die Staatsanwaltschaft führt in ihrer Beschwerde aus, daß unter öffentlichen Angelegenheiten nicht blos politische verstanden werden könnten, indem der § 8 des Gesetzes für politische Vereine besondere Vorschriften aufstelle. Es seien also darunter alle die zu verstehen, welche das allgemeine Interesse zum Gegenstande haben, ohne gerade den Staat und seine Institutionen zu berühren. Im vorliegenden Falle ergebe sich die Möglichkeit der Einwirkung auf solche öffentliche Angelegenheiten durch die Theilnahme der Gesellschaft an vaterländischen und kirchlichen Festen, weil dadurch eine Förderung des patriotischen und religiösen Sinnes bezweckt werde. Dies stelle um so weniger eine reine Privatangelegenheit dar, weil der Verein in die Oeffentlichkeit trete und eine bestimmte Schaustellung einnehme, ja sogar zu einer bestimmten Parteistellung führe, da der Theilnahme eine Berathung über die Zwecke jener Feste vorausgehe.

Die Beschwerde ist durch Urtel des Ober-Tribunals vom 6. Oktober 1859 wider Bleibt (Nr. 269 L.) zurückgewiesen,

in Erwägung: daß zwar der dem § 2 der Verordnung vom 11. März 1850 zum Grunde liegende Begriff von „öffentlichen Angelegenheiten" nicht, wie in dem angegriffenen Urtheil geschehen, auf eigentliche Staatsinteressen im Gegensatze zu allen Privatinteressen, mithin auf Angelegenheiten politischen oder religiösen Inhalts beschränkt werden kann, vielmehr alle die Gesammtheit berührenden allgemeinen Angelegenheiten umfaßt, und insbesondere auch das Gebiet der socialen Interessen in sich schließt;

daß indeß die Schützengesellschaft zu N. nach der Feststellung sich neben den geselligen Vergnügungen und der Waffenübung nur u. s. w. (wie oben) zum Zwecke gesetzt hat;

daß das angegriffene Urtheil, indem es in diesen verschiedenen Gesellschaftszwecken einen Gegenstand öffentlicher Angelegenheiten nicht entdeckte, eine Verletzung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes um so weniger enthält, als zur Anwendung jenes Gesetzes nicht einmal die thatsächliche Feststellung genügen würde, daß eine oder die andere Thätigkeit des Vereins öffentliche Angelegenheiten in irgend einer Weise direkt oder indirekt berühre, hierzu vielmehr das Seitens der Anklage gar nicht behauptete fernere Moment erforderlich sein würde, daß der in Rede stehende Verein seinerseits eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke.

Das verurtheilende Erkenntniß betrifft folgendes Vorkommniß:

Versammlung. — Oeffentliche Angelegenheit. — Allgemeinheit.

Im § 1 des das Versammlungsrecht betreffenden Gesetzes vom 11. März 1850 sind unter „öffentliche Angelegenheiten" nicht blos solche zu verstehen, welche die Allgemeinheit der Staats-Angehörigen betreffen; es können vielmehr unter Umständen als solche auch diejenigen betrachtet werden, welche eine vom Staate anerkannte, in ihrer Stellung gesetzlich geregelte Körperschaft (z. B. eine Gemeinde) und deren Rechtsverhältnisse berühren.

Versamml.-Ges. v. 11. März 1850 §§ 1—3, 8, 12. — Ein Z. (I., 114) v. 29. Nov. 1854 e. Wahl nahm an, daß eine eine einzelne Kirchen-Gemeinde interessirende Angelegenheit nicht mit Nothwendigkeit als eine öffentliche zu betrachten sei.

Beschl. (I.) v. 8. Mai 1867 e. Buchholz & Gen. 126 B. I. Cr.)

Der PAnw. hatte gegen B. u. Gen. wegen „Unternehmung einer öffentlichen Versammlung, in welcher eine öffentliche Angelegenheit erörtert werden sollte, ohne vorherige Anzeige" Anklage erhoben; der PRichter hatte indessen die Eröffnung der Untersuchung, resp. den Erlaß einer Strafverfügung abgelehnt, und das AG. die dagegen erhobene Beschwerde zurückgewiesen, „weil die in der fraglichen Versammlung erörterte Angelegenheit (Rechnungslegung über den Bau eines Gemeinde-Nachtwächterhauses) nur die Gemeinde N., nicht aber die Allgemeinheit der Staatsangehörigen betreffe, und sonach als eine öffentliche nicht angesehen werden könne." — Auf die Beschwerde des OStA.s hat das OTr. den Beschluß des AG.s aufgehoben und die Sache zur ferneren thatsächlichen und rechtlichen Prüfung an das AG. zurückverwiesen, indem es erwog:

daß der [vom AG. angeführte] Ablehnungsgrund, so allgemein, wie derselbe gefaßt worden, dem in dem § 1 l. c. aufgestellten Begriffe von „öffentlichen Angelegenheiten" nicht entspricht, weil hierunter, wie bereits das Kgl. OTr. in dem Beschlusse v. 6. Okt. 1859 e. Bleibt (G. A. 8. S. 101) entschieden hat, im Zusammenhange mit dem, in dem § 8 l. c. enthaltenen Ausdrucke „politische Gegenstände", nicht blos eigentliche Staats-Interessen im Gegensatze zu allen Privat-Interessen, vielmehr auch alle, die Gesammtheit im Staate berührenden allgemeinen Interessen zu verstehen, also auch nach Lage der jedesmal sonst vorwaltenden anderweitigen Umstände diejenigen Angelegenheiten gemeint sind, welche eine vom Staate als solchem anerkannte, in ihrer Stellung gesetzlich geregelte Körperschaft und deren Rechtsverhältnisse berühren, wie z. B. Stadt- oder Dorfgemeinden;

daß diese Auslegung auch durch den, bei der Berathung des Vereins-Gesetzes erstatteten Kommissions-Bericht der II. Kammer (Stenograph. Bericht 1849/50 Bd. V. S. 2771) unterstützt wird, nach welchem man absichtlich eine Definition, was unter „öffentlichen Angelegenheiten" zu verstehen sei, vermieden hat, weil es bedenklich erschien, mit einer solchen hervorzutreten, die bei einer etwaigen mangelhaften Fassung den Zweck des Gesetzes leicht vereiteln könne, dieser aber nach der Ueberschrift und dem sonstigen Inhalte der Verordnung in der Verhütung eines, die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des, in den Art. 29 fgg. der Verf.-Urk. gewährleisteten Versammlungs- und Vereinigungsrechts besteht;

daß sonach der angefochtene Beschluß auf einem Rechtsirrthume beruht, und in Gemäßheit des Art. 13 des Gesetzes v. 3. Mai 1852 aufzuheben, in der Sache selbst aber eine nähere thatsächliche Prüfung vorzunehmen ist.

Antr. d. OStA.: gleichl. [20.—3.]

Fragen wir demnach, in welcher Lage sich ein gewerkschaftlicher Verein befinden muß, in dessen Versammlungen keine socialpolitischen Fragen besprochen werden, sondern der seine Mitglieder im Falle der Arbeitslosigkeit bei Strikes oder Ausschlüssen unterstützt und also nur in jedem Einzelfall die Frage erörtert, ob die Arbeitslosen zur Arbeitseinstellung — das heißt zur Zurückziehung ihrer Arbeitskraft vom Markt wegen ungenügender Verwerthung — berechtigt waren, so ist die Antwort: dies sind rein private Fragen, denn wenn Hinz bei Kunz in Arbeit tritt, so ist das eine ebenso civilrechtliche Sache, als wenn er ihm Butter oder Eier verkauft, und wenn Peter für den strikenden Paul Unterstützungsgroschen bezahlt, so ist das seine Privatsache, die keinen andern Menschen kümmert. Höchstens könnte das Aufhören der Gasbeleuchtung oder das Stillstehen der

Eisenbahnen durch Strikes als öffentliche, nie aber als politische Angelegenheit aufgefaßt werden.

So lange uns daher der Wortlaut des erwähnten Obertribunalsbeschlusses nicht eines Anderen belehrt, bleiben wir dabei, daß rein gewerkschaftliche Vereine, freilich auch nur solche, in ihrem Bestande durch die §§ 2 und 8 des Vereinsgesetzes nicht getroffen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, 28. Dezember.

Wer bisher nicht glauben wollte, daß es noch heute eine internationale, wohlorganisirte, politischen Vorgängen nachspürende **Spitzelbande** gäbe, der kann sich jetzt davon überzeugen. Die Explosion zu Bremerhaven bringt nämlich ein Mitglied dieser würdigen Zunft zum Sprechen, und es sendet dasselbe dieserhalb der Times ein Schreiben zu. Der Inhalt des Briefes ist der Hauptsache nach folgender: „Am 3. oder 4. März 1873 wurde mir — das heißt dem Spitzel — zuerst die Mittheilung gemacht, daß gewisse Personen im Begriffe ständen, irgend einen Dampfer durch eine Höllenmaschine in die Luft zu sprengen, um durch die Entschädigungen für überversicherte Waaren zu profitiren. Mein Gewährsmann wollte mir nicht sagen, von welchem Hafen aus die Waaren verschifft werden sollten, und er konnte mir nur die Namen gewisser Personen geben, welche er beargwohnte, und welche im Begriffe standen, nach gewissen Punkten des Auslandes abzureisen. Ich glaubte, recht zu handeln, wenn ich die Sache den Vertretern der verschiedenen in Frage kommenden Länder anzeigte, und da ich keine Belohnung suchte, glaubte ich wenigstens einen Dienst zu leisten, welcher mit Höflichkeit aufgenommen werden würde. Ich machte die Entdeckung, daß man eine Maschine anwenden wollte, ähnlich derjenigen, welche in Bremerhaven gebraucht worden sein soll, und ich berichtete die Sache ausführlich an den Militärattaché der hiesigen französischen Botschaft. Derselbe war entschieden von all den Herren, welche ich in der Sache gesehen habe, der höflichste. Ich hatte damals Grund zu der Annahme, daß die Waaren von Bordeaux oder Marseille abgehen sollten; der Baron de Grancey erstattete sofort Bericht an seine Regierung, und diese gab unverzüglich ein Circular aus, welches Schiffseigenthümer und Versicherungsgesellschaften in ganz Frankreich warnte. Ich glaube, dieses prompte Vorgehen hat die Gesellschaft der Messageries maritimes vor dem Verluste eines oder mehrerer ihrer Dampfer behütet. Die nächste bestimmte Information, welche ich erhielt, ging dahin, daß unter ähnlichen Umständen Waaren an Bord der Norddeutschen Lloyddampfer von Hamburg oder Bremen aus verschifft werden sollten, und ich informirte die Agenten genannter Gesellschaft hier in London, sowie den ersten Sekretär und Geschäftsträger der deutschen Botschaft. Meine Unterredungen mit diesen Herren fanden im April 1873 statt. Ich gab ihnen die Namen zuerst von einer und später von drei Personen, welche mit der beabsichtigten Verschiffung zu thun haben sollten, und ich bin der Ansicht, daß das Unglück in Bremerhaven verhütet worden wäre, wenn dieselben der Sache ihre Aufmerksamkeit geschenkt hätten. Es ist wohl möglich, daß ein Theil der mir zugekommenen Information unrichtig war, aber bei einem so wichtigen Gegenstande wäre es doch wohl am besten gewesen, Alles zu acceptiren und es den Nächstbetheiligten zu überlassen, ihre Pflicht zu thun und einen scharfen Auslug zu halten. Ich will nur eine Thatsache anführen, um zu zeigen, was für eine Art von Anerkennung mir für meine guten Absichten zu Theil wurde. Einige der von mir gewarnten diplomatischen Herren suchten das ganze Lob der Entdeckung für sich selbst zu erhalten und ließen mich durch einen Detektive überwachen. Der Letztere miethete sich in dem nämlichen Hause ein, wo ich wohnte, und durchstöberte in meiner Abwesenheit meine sämmtlichen Papiere. Ich wußte, daß er kommen würde, ich weiß auch, wer ihn schickte. Um zu beweisen, daß ich die Natur der von Thomas gebrauchten Maschine gekannt habe, sei angeführt, daß ich am 17. v. Mts. für den Sekretär einer fremden Botschaft in Paris ein Modell der fraglichen Maschine beschafft und dasselbe diesem Herrn Tags darauf abgeliefert habe." — Der Schreiber erwähnt schließlich noch, daß er früher mehr denn einer fremden Regierung als politischer Agent gedient habe, und zwar zuletzt der spanischen Regierung. — Mag das über die Explosion Gesagte wahr oder erlogen sein, so viel steht fest, daß die internationale Spitzelei, die jedenfalls die Socialisten in erster Linie ausspionirt, eine Thatsache ist. Eine hübsche Enthüllung!

Die Arbeiter aus der **Strousberg'schen Waggonfabrik** zu Lubna und aus den Zbirower Werken haben bis heute noch nicht nach dem Krache des „aufgehenden Sternes" ihre rückständigen Löhne erhalten. Wir lassen das Empörende dieser Thatsache hier auf sich beruhen und bringen über die Art und Weise, wie diese armen Menschen auf die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen dringen, den Bericht eines Bourgeoisblattes, der „Deutschen Zeitung" vom 19. dss.:

„Prag. Heute Morgen bot der Roßmarkt ein bewegtes Bild. Vor dem neugebauten Hause „zum Charaus" auf der linken Seite dieses breitesten Platzes der Stadt hatte sich eine große Volksmenge, aus Arbeitern, Weibern und Kindern bestehend, angesammelt, die, heftig gestikulirend und plaudernd, nach dem zweiten Stockwerk des Hauses, in welchem der Strousberg'sche Massenverwalter, Dr. Tragy, wohnt, hinaufsahen. Es waren an 4—500 Arbeiter mit ihren Weibern und Kindern, die für heute Morgen hier ein Stelldichein gegeben hatten, um von dem Massenverwalter den rückständigen Lohn zu fordern, da sie erfahren hatten, daß die Licitation des Marstalles 50,000 Fl. eingebracht habe. Schweigend zogen sie in großen Schaaren vor das Haus, wo sie Halt machten. Nach einer kurzen Berathung, während welcher ein Sicherheitswachmann herantrat und den Hauseingang besetzte, ging eine aus zehn Arbeitern bestehende Deputation in die Wohnung des Dr. Tragy und forderte energisch die Lohnrückstände. Dr. Tragy trat ihnen entgegen und wies ihr Verlangen zurück, da die Licitation eines Pfandgläubigers vorgenommen wurde, für den das Geld deponirt werden müsse. (Natürlich; denn die Arbeiter kommen doch erst in letzter Linie! D. R.) Die Delegirten kehrten zurück und theilten den erhaltenen Bescheid den harrenden Arbeitern mit. Dieselben erklärten sich mit der Antwort nicht zufrieden, und Drohungen und Verwünschungen gegen den Massenverwalter wurden laut. Die Polizei-Direktion, die von der Zusammenrottung indeß verständigt wurde, entsandte sofort eine größere Abtheilung Sicherheitswachmänner und mehrere Kommissäre, die den Arbeitern in Güte zuredeten, auseinander zu gehen. Es wurde ihnen jedoch nicht Folge geleistet, und einzelne Rufe wurden laut: „Gebt uns Brod oder Arbeit für uns und unsere darbenden Familien, dann gehen wir gerne wieder fort!" Da rief Einer aus der Menge: „Auf, Brüder! nach der Kleinseite zum Statthalter!" Der Ruf wird hundertstimmig erwidert und einige Minuten später hat sich die Masse zu einem imposanten Zuge gestaltet, der sich durch die belebten Straßen über den Graben, den Quai, die steinerne Brücke zum Statthalterei-Gebäude bewegte, wo er um 11 Uhr anlangte. Hier waren bereits polizeiliche Maßregeln getroffen. Zwanzig Sicherheitswachmänner mit dem Oberkommissär Preßler umstanden das Gebäude und versuchten die Ankommenden zum Auseinandergehen zu bewegen. Man einigte sich dahin, drei Arbeiter als Deputation zum Statthalter Baron Weber zu schicken, um demselben die Nothlage der Arbeiter zu schildern und um Unterstützung ihrer gerechten Beschwerden bei dem Massenverwalter zu bitten. Die Deputation begab sich, begleitet vom Oberkommissär Preßler, zum Statthalter, der sie jedoch nicht empfangen wollte. Sie kehrten sofort zurück, und Oberkommissär Preßler erklärte in gereiztem Tone, daß Se. Exzellenz die Deputation nicht empfangen wolle, so lange die Massenansammlung fortdauere. Die Delegirten sprachen ihren Genossen zu, sich vorläufig zu entfernen. Diese kamen der Aufforderung nach und begaben sich in die benachbarten Gasthäuser; ein großer Theil stellte sich auf dem Radetzkyplatz auf, um die Deputation zu erwarten. Die Menge verhielt sich ruhig. Als um 12 Uhr die Deputation noch nicht zurück war, gingen wieder einige Arbeiter zur Statthalterei. Der Oberkommissär kam ihnen entgegen und theilte ihnen mit, daß die Audienz schon lange vorüber sei. Die Arbeiter seien jedoch durch eine in eine Seitengasse mündende Ausgangsthüre entlassen worden. Die Menge zerstreute sich nun anstandslos, um sich nach Holleschowitz zu begeben, wo heute Abends eine Versammlung stattfindet, in welcher die Deputation Bericht erstatten wird."

Herr Harkort! Wollen Sie dieses geradezu musterhafte Verhalten schwer geschädigter Arbeiter nicht ad notam nehmen? — Doch Sie scheinen nur Sinn und Aufmerksamkeit für der Arbeiter „Rohheiten" zu haben! Da läßt sich's füglich nicht erwarten. — Wir aber zollen diesem Betragen der Arbeiter unsere völlig gerechtfertigte Anerkennung und erwarten, daß eine schleunigste Befriedigung ihrer Forderungen, die wir an sich von unserem Standpunkte erwartet hätten, der gebührende Lohn für dieses Verhalten sein werde. Täuscht uns unsere Erwartung, — und wir fürchten es im Stillen — dann fällt die Verantwortung für alle ferneren Vorkommnisse nicht auf die Arbeiter, sondern auf Diejenigen, welche über das Strousberg'sche Vermögen die Verwaltung führen, selbst dann, wenn sie sich im Uebrigen auf „gesetzlichem" Boden befinden sollten. Die Arbeiter müssen in diesem Falle unter allen Umständen in erster Linie berücksichtigt werden. — Wir werden selbstverständlich die weitere Entwickelung dieser Angelegenheit aufmerksam im Auge behalten.

Ueber die seiner Zeit aus **New-York** nach der telegraphischen Nachricht gemeldeten Flucht William Tweed's, des berüchtigten Chefs des „Tammanyrings", jener Vereinigung, die so überaus geschickt die New-Yorker Stadt-Verwaltung auszuplündern und um Millionen zu bestehlen verstand, wird jetzt Näheres geschrieben: In Folge der scandalösen Begünstigungen, welche William M. Tweed während seines Aufenthaltes im Schuldgefängniß in Ludlow Str. zu Theil geworden, hat die Nachricht, daß er am Sonnabend seinen Wächtern entflohen, kein allzu großes Aufsehen erregt; man mußte sich vielmehr wundern, daß der Millionendieb nicht schon früher der undankbaren Stadt New-York den Rücken zugewandt hat; daß er es nicht gethan, ist nicht die Schuld seiner Wächter; an Gelegenheit zum Ausreißen hat es ihm nicht gefehlt; zurückgehalten wurde er nur durch die ihn noch bis vor wenigen Tagen beseligende Hoffnung, sich durch Advokatenkniffe schließlich doch noch den Gesetzen entziehen und als freier Mann seinen Raub in Ruhe genießen zu können. Seitdem Tweed aus dem Zuchthause entlassen werden mußte, befand er sich im Ludlow Street Schuldgefängniß, da er die Kaution von 3,000,000 Doll., welche das Gericht bis zur Entscheidung der gegen ihn anhängig gemachten Civilprozesse von ihm verlangte, nicht stellen konnte. In Ludlow Street war er aber nur nominell ein Gefangener; seine Familie hatte dort täglichen Zutritt, auch konnte er, so oft es ihm beliebte, unter Begleitung zweier Gefangenwärter, Ausflüge machen (!), die sich oft vom frühen Morgen bis zum späten Abend erstreckten. Einen derartigen Ausflug machte er am vergangenen Sonnabend. Nachdem er Stunden lang im Central-Park und im oberen Theile der Stadt umhergefahren, begab er sich nach seinem Hause in der Madison Avenue, zwischen der 59. und 60. Straße, wo ihm seine Begleiter (Dunham, Inspektor des Ludlow Street Gefängnisses, und Gefängnißwärter Hagen heißen die unbestechlichen Ehrenmänner) gestatteten, nach dem oberen Stockwerk zu gehen, um seiner Gattin eine Mittheilung zu machen. Die schlauen Wächter blieben in dem zu ebener Erde gelegenen Empfangszimmer. Nach ihren Aussagen, deren Wahrheit bezweifelt wird, gingen sie, nachdem sie 15 Minuten vergeblich auf Tweed's Rückkunft gewartet, in den Flur des Hauses, wo ihnen Tweed's Sohn mit der Nachricht entgegenstürzte, daß sein Vater im ganzen Hause nicht zu finden sei. Eine genaue Durchsuchung des Hauses fiel erfolglos aus und den Gefängnißwärtern, deren Vertrauen in die Menschheit auf so schmähliche Weise gemißbraucht worden war, blieb nichts anderes übrig, als die Polizei von der räthselhaften Flucht Tweed's in Kenntniß zu setzen. Alle Anstrengungen, den Flüchtling wieder einzufangen, sind resultatlos geblieben. Tweed ist verschwunden und Niemand glaubt, daß man seiner wieder habhaft werden wird. Ueber die Art und Weise der Flucht sind die verschiedensten Ansichten in Umlauf; die Polizei ist der Ansicht, daß er sich mit Wissen der Wächter heimlich aus seinem Hause geschlichen, sich auf einen im East River seiner harrenden kleinen Dampfer begeben und sich jetzt auf dem Wege nach Europa oder Süd-Amerika befindet. Die Flucht ist wahrscheinlich schon seit Wochen geplant gewesen, ist aber, so lange noch Hoffnung auf Abweisung des Prozesses vorhanden war, verschoben worden. Die Entweichung geschah am 4. dss. und am Montag, den 6. dss., sollten die Verhandlungen vor der Jury unwiderruflich ihren Anfang nehmen. Niemand bezweifelt, daß die vorerwähnten zwei Wärter bestochen worden sind. Wohin sich Tweed begeben hat, ist vorläufig noch ein Räthsel. Die Länder, mit welchen die Vereinigten Staaten keinen Auslieferungs-Vertrag haben, der die Verbrechen deckt, deren Tweed angeklagt ist, — Fälschung und Unterschlagung durch einen öffentlichen Beamten — sind: Portugal, Holland, Dänemark, Rußland, Spanien, Griechenland und die Türkei, Brasilien, Chili und verschiedene Süd-Amerikanische Republiken, sowie China und Japan. Wenn Tweed überhaupt die Stadt verlassen hat, so fehlt es nicht an Ländern, die er mit seiner Gegenwart beglücken kann, ohne befürchten zu müssen, von menschlicher Gerechtigkeit ereilt zu werden. Auf seine Wiederergreifung ist eine Belohnung von 10,000 Dollar gesetzt. Sheriff Conner ist der Stadt für allen Schaden, der ihr aus der Flucht Tweed's erwächst, verantwortlich; d. h. falls Tweed in den Prozessen, welche durch seine Nichtanwesenheit keinen Aufschub erleiden, zu Restitution der gestohlenen Millionen verurtheilt werden wird, das Erkenntniß aber nicht befriedigt werden kann, so hält sich die Stadt an den Sheriff; ein für die Millionen freilich höchst kläglicher Rückhalt, denn des Sheriffs Vermögen beträgt in keinem Falle den zwanzigsten Theil der Summe. In Sachen der Anklage gegen den ersten Privatsekretär des Präsidenten, gegen General Babcock, wegen Betheiligung an den großen Steuerbetrügereien des „Branntweinringes" ist vom Präsidenten eine Militär-Untersuchungs-Kommission, bestehend aus den Generalen Sheridan, Hancock und Terry, ernannt worden. Dieselbe hält ihre Sitzungen in Chicago und ist General Babcock angeblich dorthin abgereist. — Der ganze Vorfall beleuchtet wieder trefflich die Korruption in der Bourgeois-Gesellschaft.

Wie groß die Opfer sind, welche der **„Krach"** in seinen Nachwirkungen auch im vorigen Jahre noch gefordert hat, erweist ein Blick auf den Bestand der Berliner Aktiengesellschaften. Während am Schlusse des vorigen Jahres noch 310 Aktiengesellschaften hier in Funktion waren, leben augenblicklich nur noch 256; dieselben haben sich somit im Laufe eines Jahres um 54 vermindert; davon befinden sich 42 noch in Liquidation, die übrigen sind bereits begraben. Was die einzelnen Geschäftszweige betrifft, in denen derartige Kompagnien vorzugsweise zu wirken pflegen, so sind die Aktien-Bank-Institute von 51 auf 40 herabgesunken, die Baugesellschaften von 39 auf 35, die Aktienbrauereien von 19 auf 18, die chemischen Fabriken von 9 auf 7, die Färbereien, Spinnereien ꝛc. von 16 auf 10, die Fabriken für Gas- und Wasseranlagen von 6 auf 5, die Maschinen-Bauanstalten von 20 auf 16, die Papierfabriken von 6 auf 5 und die Gesellschaften für verschiedene Zwecke von 126 auf 101. Dagegen haben sich die Aktiengesellschaften auf dem Gebiete des Fuhrwesens, für Gummiwaaren und für Nähmaschinen-Fabrikation unverändert auf der Höhe von 10,5 und 4 gehalten.

---

* **Unsere Gegner** haben es schon längst aufgegeben, den Socialismus wissenschaftlich zu bekämpfen und ergehen sich nur noch in persönlichen Schmähungen und faden Witzeleien. So bringt gegen die Arbeiterbewegung die „Lübecker Eisenbahn-Zeitung" in einer ihrer letzten Nummern folgenden von A bis Z erlogenen Artikel, der am besten Zeugniß davon ablegt, nach welcher geistigen Speise es unseren sogenannten Gebildeten am meisten gelüstet. Der Artikel lautet:

„Die schwüle Faust."

Die sogenannten Social-Demokraten, vor welchen einige andere Parteien im vorigen Jahre noch so sehr in Angst waren, jagen jetzt keinen Schrecken mehr ein, als etwa durch die Art ihrer Poesie. Diese aber ist in Wirklichkeit schrecklich. In Berlin ist kürzlich eine Probe-Nummer eines neuen social-demokratischen Blattes: „Die schwüle Faust", ausgegeben, in Prosa gemein, in der Poesie noch gemeiner gehalten. Folgende beiden „Gedichte" mögen Zeugniß geben:

1) Im Sturm.

Der Regen rinnt, der Sturmwind brüllt,
Drei Uhr schon dröhnt's vom Thurm.
In ein zerschlissen Wamms gehüllt,
Von tiefem Weh das Herz erfüllt,
Vom Froste hart geschüttelt,
Schwank' ich daher im Sturm.

Zwölf Seidel trank ich durstig leer,
Dem Kellner nannt' ich vier;
Da gab's ein Streiten hin und her,
Das Glas, das Stuhlbein ward zur Wehr,
Doch mußt ich unterliegen
Und flog hinaus zur Thür.

Nun steh' ich hier im Morgengraun
In Wetter's Ungemach;
Kein rothes Flämmlein mehr zu schaun —
Wo bleibt? Ich muß den Wächter hau'n.
Er bringt mich sonder Kosten
Wohl unter Dach und Fach.

2) Das Opfer des Prinzips.

Vor'm Opernhause war's; ich stand
Ganz philosophisch da,
Mit einem Male vor mir fand,
Ich einen Bourgeois.

Mißtrauisch eilte sich der Gauch,
Daß er vorüber kam;
Schwer hing die Kett' ihm auf den Bauch,
Bis ich sie an mich nahm.

Ein gülden Uehrlein saß daran —
O weh, daß man mich fing,
Eh' Ueberzeugung ich gewann,
Ob es auch richtig ging.

Der feile Richter gab mir schnöd'
Den Titel eines Dieb's — —
Geduld! Ein Rächer einst ersteht
Dem Opfer des Prinzips.

Nur noch ein wenig mehr in den Sumpf, damit auch die bis jetzt noch unbekehrten Mitglieder erkennen, in welcher Gesellschaft sie sich befinden und voll Scham sich lossagen.

Daß ein großes socialistisches Tageblatt für Berlin unsere Gegner stark verschnupfen muß, ist selbstverständlich, daß sie aber in ihrem Aerger und in ihrer Bosheit über diesen neuen Sieg des Socialismus zu solchen „Versen" greifen, hat uns, die wir seitens der Bourgeoispresse schon viel gewohnt sind, doch noch befremdet. Wenn der deutsche Nationalismus mit solchen Zoten um sich wirft und darin Force sieht, so ist es allerdings kein Wunder, daß die Franzosen in der Mehrheit der Deutschen nur Barbaren sehen. Die Social-Demokraten mit Räubern und Spitzbuben in eine Linie zu stellen, ist, wie es die „Lübecker Eisenbahn-Zeitung" hier versucht, gänzlich verfehlt, da eben die Hauptfeinde des Eigenthums sich nicht aus dem Arbeiterstande, sondern aus der Bourgeoisie rekrutiren. Auf die Sudelei selbst näher einzugehen, kann uns nicht verlangen. Die gebührende Strafe erhält jedenfalls dieses Schmutzblatt, wenn die Lübecker Arbeiter einfach nicht mehr darauf abonniren und nur Arbeiterblätter in ihren Familien lesen.

---

* Vor dem Quartalsschlusse werden die **liberalen und sonst farblosen Zeitungen** gegen die Social-Demokratie wieder etwas liebenswürdiger. Sie benutzen dieselbe als den lockenden Köder, der ihnen ihre Leser erhalten soll. Es würden diese nämlich sonst, trotz ihrer philisterhaft schwankenden Meinungen, schließlich doch hinter die Leerheit und Inhaltslosigkeit des liberalen Zeitungsgewäsches kommen, sie würden sich nach kräftigerer Kost für ihren politischen Magen umsehen, es würde sie das beschämende Gefühl ihrer politischen Unselbstständigkeit und Unmännlichkeit überkommen, und, um all' dieses zu vermeiden, hängt man schlauer Weise über die sonstige Farblosigkeit ein „rothes" Läppchen, um zu reizen; die Torero's machen es mit den Stieren ebenso. Der biedere Spießer läßt sich durch das Läppchen täuschen und — der Abonnent ist gewonnen. Wir wissen, was hinter diesen Liebkosungen und Aufmerksamkeiten der liberalen Blätter verborgen ist und es macht uns Vergnügen, dieselben vor dem Publium als das hinzustellen, was sie wirklich sind, nämlich mehr oder minder schlaue Manöver, das unklare und urtheilslose Philisterthum zu neuem Abonnement zu bewegen. Uns ist diese träge Masse, so lange sie eben träge bleibt, gleichgültig, wir gönnen sie unsern Gegnern; vielleicht sind diese Zeilen

aber doch für Manchen die Veranlassung dazu, daß er die „Absicht merkt“ und „verstimmt“ wird.

* Zur **Bremerhafener Katastrophe** und deren Urheber, Thomas, bringt namentlich die „W. Z.“ immer noch neue Notizen. So sagt sie von Thomas: „Er ist ohne eine Spur von Reue aus der Welt gegangen. „Ich habe Pech gehabt“ waren seine Worte am Morgen des Tages, an dem er starb. Durch die Gräuel des amerikanischen Bürgerkrieges war der Mensch wahrscheinlich gewöhnt worden, das Leben seiner Mitmenschen für nichts zu achten, wenn es die Erreichung seines Zieles galt, und in diesem maßlosen Egoismus konnte er ohne ein Zucken seines Gewissens Hunderte von Menschen aufopfern, gegen die er nicht eine Spur des Hasses fühlte, um sich die Existenzmittel für ein gemächliches Leben auf einige Jahre zu verschaffen.“ Das war aber einmal aus der Schule geplaudert! Also, „die Gräuel des Bürgerkrieges“ sind mit die Ursache zu diesem schauderhaften Verbrechen gewesen? Haben die Kriege in Europa andere Wirkungen und Folgen als die in Amerika? — —

* **Aus der Türkei** schreibt die „W. Z.“: „Trotz der furchtbaren Ebbe, die in den Staatskassen herrscht, werden für die Vertheidigung des Reiches doch die größten Ausgaben fortgesetzt. So eben wurde vom Sultan der Bau einer neuen Panzerkorvette angeordnet, welche den Namen „Amorgha“ führen soll. Während so alle Einnahmen, welche von den Provinzial-Gouverneuren hierher gesendet werden, von den Rüstungen verschlungen werden, hat man für die Besoldungen der Beamten und des Militärs andauernd keinen Para zur Verfügung.“ Bei uns herrscht in den Staatskassen allerdings keine Ebbe, obgleich sich die Milliardenfluth schrecklich schnell verlaufen hat; Ebbe aber herrscht in dem geschäftlichen Leben, es stockt überall und doch wird bei uns der übergroße Theil der Einnahmen „von den Rüstungen verschlungen“. Aus welchem Grunde ist also die türkische Finanzwirthschaft schlechter als die unserige? Wer in einem Glashause wohnt, darf nicht mit Steinen werfen!

* Auch **Afrika** hat seine Fortschritte zu verzeichnen. — Freilich nicht wunderbar, denn der Fortschritt ist trotz himmelhoher Hindernisse nicht aufzuhalten. — Die Königin von Madagaskar hat den Befehl gegeben, daß alle während der letzten neun Jahre „importirten“ — der Sclave war dort eben bisher Waare — Sclaven befreit werden und der Befehl wird dort unparteiisch durchgeführt. Das Letztere ist um so anerkennenswerther, als sonst stets ein erbitterter Widerstand der leider vielfach europäischen Sclavenhändler stattgefunden hat.

* Die Zahl der **Studirenden der evangelischen Theologie** bei sämmtlichen deutschen Universitäten ist im Winter 1874/75, im Vergleich zum Sommer 1874, um volle 135 gefallen, nämlich von 1776 auf 1641. Die Thatsache ist erfreulich und natürlich; es waren aber immer noch 1641 Theologen zu viel.

Innere Parteiangelegenheiten.

Der Vorstand bringt hiermit allen Parteigenossen zur Kenntniß, daß in der heutigen Vorstands-Sitzung die bisherigen Parteimitglieder E. B. Richter, Fr. Kamigann, H. Roll und E. Leinhos, Ersterer in Wandsbeck, letztere Drei in Altona, aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Der Vorstand bedauert, daß er zu diesem Schritte greifen mußte, indessen die Parteidisziplin und Parteiehre erforderte ihn, nachdem alle Bemühungen, eine Verständigung mit den genannten Personen herbeizuführen, resultatlos blieben.

Die Gründe, welche den Vorstand zum Ausschluß der genannten Personen zwangen, alle hier aufzuführen, würde zu weit führen, jedoch werden die Vertreter des Vorstandes auf dem nächstjährigen Parteikongreß Gelegenheit nehmen, den Delegirten dieselben eingehend mitzutheilen.

Hier sei nur angeführt, daß E. B. Richter schon vom ersten Tage der Vereinigung ab gegen die neue Partei eine feindliche Stellung einnahm, welche sich besonders dadurch kund gab, daß er in öffentlichen Versammlungen behauptete, auf dem Kongreß wären die „Lassalleaner“ verkauft worden, und die „Führer“ hätten sich nur darum gekümmert, ihre Posten sich zu sichern, und hätte man um deßwillen die Interessen der Partei verrathen. In späteren Versammlungen setzte Herr Richter seine Verunglimpfung einzelner bekannter Parteigenossen fort, ging aber dann so weit, daß er erklärte, das jetzige Programm könne jeder Fortschrittler unterschreiben und, „wenn die Partei sich in dem jetzt angebahnten Sinne entwickle, so werde man das Schauspiel erleben, daß dieselbe vielleicht schon im nächsten Jahre hinter dem Sedan-Festzuge herlaufe.“ Daß Herr Richter auch an der Organisation kein gutes Härchen fand, ist nach dem oben Angeführten selbstverständlich, soll indessen hier nicht weiter ausgeführt werden. Zu all' diesem kam dann noch seine Stellung bei Gelegenheit der Schweitzerfeier in Berlin und auch hier. Wir haben den Parteigenossen seiner Zeit über diese Vorfälle Bericht in den Parteiorganen erstattet und wollen heute nur noch nachtragen, daß Herr Richter, trotzdem ihm von seinen eigenen Freunden entschieden abgerathen wurde, bei dem von den hiesigen Anhängern Bräuer's arrangirten Feste zum Andenken Schweitzer's ebenfalls die Festrede hielt.

Daß ein solches Gebahren weit über das durch die Parteidisziplin gebotene Maß der freien Bewegung innerhalb der Partei hinausgeht, bedarf für unsere Genossen wohl keiner weiteren Auseinandersetzung. Der Vorstand wäre im vollen Recht gewesen, wenn er schon nach dem ersten gehässigen Auftreten Richter's denselben aus der Partei ausgeschlossen hätte. Indeß, in Berücksichtigung, daß die neugeschaffene Vereinigung erst in Fleisch und Blut der Mitglieder übergehen mußte und es nicht zu verkennen ist, daß es dem Einen und Anderen schwer fallen mochte, tief eingewurzelte Vorurtheile und Abneigungen im Handumdrehen von sich zu schütteln, so glaubte der Vorstand auch Herrn E. B. Richter gegenüber besser zu thun, denselben das möglichst freie Maß der Bewegung und Kritik zu gewähren, hoffend, daß die Thatsachen ihn eines Besseren belehren würden. Leider hat sich hierin der Vorstand getäuscht. Anstatt innerhalb des Rahmens der gemeinsamen Organisation zu wirken und mit den Mitteln, welche durch dieselbe geboten sind, gegen etwaige Uebelstände anzukämpfen, zog es Herr E. B. Richter vor, in der rücksichtslosesten Weise gegen die Gesammtpartei vorzugehen, und zwar nicht, wie es die Organisation verlangt, in von den Parteiagenten berufenen Socialisten-Versammlungen, sondern in eigens zu diesem Zweck von dem oben genannten Roll berufenen Versammlungen in Altona. Eine Besprechung, zu welcher der Vorstand Herrn E. B. Richter behufs einer gegenseitigen Auseinandersetzung eingeladen hatte, blieb resultatlos, indem Herr Richter, anstatt die Gründe anzugeben, warum er so auftrete und dadurch die Partei schädige, von dem Vorstand verlangte, daß ihm derselbe beweise, daß er im Unrecht sei. Daß es Herrn Richter nicht darum zu thun war, von dem Vorstand Belehrung entgegen zu nehmen, wird Jeder wissen, der Richter kennt. Ein bei dieser Gelegenheit von Richter gegebenes Versprechen: „von jetzt ab nichts mehr gegen die Partei zu unternehmen“, wurde nicht eingehalten, sondern ging derselbe, nach wie vor, darauf aus, durch sein Auftreten die geeinigte Partei zu schädigen.

Durch all' diese Vorkommnisse sah sich der Vorstand endlich genöthigt, im Interesse und um der Ehre der Partei willen Herrn E. B. Richter (Wandsbeck) aus der Partei auszuschließen.

Aehnlich wie Richter, nur nicht in demselben Maßstabe, da hierzu den betreffenden Personen die Fähigkeiten mangeln, benahmen sich die Herren Kamigann, Roll und Leinhos. Nicht aber blos, daß dieselben Opposition gegen die Partei und deren Vorstand erhoben, gingen sie noch weiter und denunzirten in öffentlichen Versammlungen, daß der in Altona von den Parteigenossen benutzte, von den früheren Mitgliedern der social-demokratischen Arbeiter-Partei schon im Jahre 1870 gegründete „Social-demokratische Arbeiter-Verein“ auf Befehl des Vorstandes gegründet sei und daß der betreffende Vereinsvorstand mit dem Parteivorstand ständige Verbindung pflege.“

Alles dieses sind bewußte Unwahrheiten. Die Herren Kamigann, Leinhos und Roll wußten, daß ihre Denunziationen auf Unwahrheiten beruhten, denn denselben war genau bekannt, daß der Partei-Markenvertrieb durch die vom Vorstande ernannten Agenten gehandhabt wurde und daß eine Verbindung zwischen dem Verein und dem Parteivorstand nicht bestand.

Es handelte sich also bei diesen Denunziationen nur darum, die Leiter des Ortsvereins, mit denen die vorgenannten Herren auf feindschaftlichem Fuße stehen, in's Unglück zu stürzen und durch Zerstörung der lokalen Organisation die Thätigkeit unserer Gesinnungsgenossen in dem so wichtigen achten holsteinischen Wahlkreise lahm zu legen.

Die vage Ausrede der Herren Kamigann und Genossen, daß durch den Lokalverein die Parteiorganisation verletzt und deshalb ihre Opposition gegen denselben eine gerechte sei, mag jeder Parteigenosse, der weiß, daß unter der jetzigen reaktionären Handhabung des Vereinsgesetzes in Preußen ein geschlossenes Auftreten der Parteigenossen an den einzelnen Orten nicht mehr möglich ist, auf ihren Wunsch prüfen. Wenn man aber auch annehmen wollte, daß dies der einzige Grund war, aus welchem Kamigann und Genossen bis zum Denunzianten heruntergesunken sind, wie wird diese Annahme durch die Thatsache widerlegt, daß in der am letzten Sonnabend in Heinson's Salon zu Altona stattgehabten Versammlung der Kamigann'schen Opposition beschlossen wurde, unbekümmert um die Anordnungen der Parteiagenten, ihre Versammlungen nach wie vor selbstständig abzuhalten und daß diese Versammlung in dem in Hamburg erscheinenden Bräuer'schen „Social-Demokrat“ annoncirt war. Wie denn auch die von Roll und Kamigann berufenen Versammlungen von dem Bräuer'schen Anhang stets fleißig besucht sind, sowie auch beide Gruppen in den Volksversammlungen in Altona bei der Bureauwahl stets gemeinsam gegen den Kandidaten der organisationstreuen Genossen, zwar ohne jeden Erfolg, auftreten.

Der oben angeführte Beschluß ist um so bezeichnender, als in Folge und auf Grund der oben erwähnten Denunziationen der Lokalverein in Altona bereits gerichtlich aufgelöst und der früher vorgeschützte Grund also fortgefallen ist.

Parteigenossen! Dies sind die hauptsächlichsten Gründe, welche den Vorstand zwangen, so zu handeln, wie er gehandelt hat. Wir haben Alles versucht, um die widerspenstigen Elemente mit der neuen Partei auszusöhnen und den Frieden im Innern herzustellen, leider war unser Bemühen ein vergebliches. Der Vorstand hat von Anfang seiner Thätigkeit an es sich als erste Pflicht gemacht, nach jeder Seite hin gerecht zu sein und jeden auch nur halbwegs berechtigten Wunsch zu berücksichtigen. Wir haben die Schwierigkeiten, welche darin lagen, zwei große, bisher selbstständig dastehende Gruppen in einander aufzulösen, nicht unterschätzt, und die Thatsache, daß außer einem verschwindend kleinen Häuflein in Altona und Herrn E. B. Richter in Wandsbeck, die Parteigenossen allerorts sich vollständig geeinigt haben und in voller Harmonie zur neuen Partei und dem Vorstande stehen, mag als Beweis dienen dafür, daß allen Seiten Rechnung getragen und die Leitung der Partei ihrer Pflicht und Aufgabe voll und ganz nachgekommen ist. Der Vorstand der Partei trug sich mit der schönen Hoffnung, daß es ihm gelingen werde, vor dem nächsten Kongreß hintreten zu können mit dem Resultate, daß in der ganzen Partei nur Friede und geeinigtes Arbeiten am gemeinsamen großen Werke statthabe. Er ist überzeugt, diese Hoffnung nur dann erfüllen zu können, wenn das kranke Fleisch aus dem Körper der Partei ausgeschnitten und damit das ungehemmte Wachsen der letzteren gesichert wird.

Parteigenossen! Ihr habt nun unsere Gründe für die Ausschließung gehört, und wir erwarten, daß ihr sie billigt. Der Vorstand konnte nicht anders, er mußte handeln, wollte er nicht durch ein paar ehrgeizige Leute die Interessen der Partei auf's tiefste schädigen lassen. Die Parteigenossen in Altona aber fordern wir auf, nach wie vor im Dienste der guten Sache thätig zu sein und sich durch die Handlungen der ausgeschlossenen Störenfriede nicht in ihrem Wirken beeinträchtigen zu lassen. Energisches und unzweideutiges Vorgehen gegen Jeden, der die Interessen der Gesammtpartei, sei es privatim oder öffentlich, schädigt, wird sehr schnell über kleine Hindernisse hinweghelfen.

Hamburg, 21. Dezember 1875.

Mit social-demokratischem Gruß:

Der Vorstand der socialistischen Arbeiterpartei:

H. Brasch. G. W. Hartmann. E. Derossi. J. Auer. A. Geib.

Allen Parteigenossen diene hiermit zur Kenntniß, daß Herr Emil Grüneberg, Schneider, derzeit in Stuttgart, auf Antrag der Stuttgarter und Münchener Genossen, aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Hamburg, 22. Dezember 1875.

Mit social-demokratischem Gruß

Der Vorstand.

J. A.:

E. Derossi. J. Auer.

Pferdemarkt 37.

Zu Agenten des Vorstandes wurden ernannt: Für Bremerhaven: J. Blöcker. Eimsbüttel: A. Weinert. Eppendorf: Th. Hansen. Lörrach: G. Bauer. Luckenwalde: F. Haase, F. Möwes. Pinneberg: J. Mathiesen. Uetersen: F. Rethmeier, H. Haß.

Bei neuen Anmeldungen wird gebeten, die genauen Adressen beider Agenten (beim Sekretariat) anzugeben.

Hamburg, 26. Dezember 1875.

Mit social-demokratischem Gruß

J. A.:

E. Derossi. J. Auer.

Die Agenten werden darauf aufmerksam gemacht, daß Marken und sonstige Utensilien durch die Sekretäre besorgt werden, Bestellungen also bei diesen zu machen sind.

Alle Geldsendungen sind an den Kassirer A. Geib, Rödingsmarkt 12, zu richten.

* Eine **Haussuchung** fand am 23. Dez., Morgens halb 8 Uhr, in der Wohnung des Partei-Agenten C. Greifenberg in Berlin statt. Der Polizei-Inspektor Pick erschien mit zwei Beamten und gab vor, eine Broschüre aus Hamburg zu suchen, forschte dann nach Briefen und nahm schließlich 12 Partei-Mitgliedskarten, 4 Programme (von denen sich eine größere Partie in der Wohnung fand), 3 Abrechnungs-Formulare und 3 Lieferzettel mit. Das Resultat mußte nicht genügen, denn Pick fragte Frau Greifenberg, welche allein zu Hause war, wo ihr Mann arbeite, erhielt aber keine Auskunft; auch das 3jährige Töchterchen Greifenberg's wurde gefragt, wo sein Vater sich befinde.

Copenhagen, 22. Dezember. Es ist eigenthümlich, daß die sogenannten „Gebildeten“ und „Gelehrten“ so viel Blödsinn produziren. Man kann in keine Versammlung gehen, ohne daß man dergleichen Leute trifft und die Ueberzeugung erlangt, daß ihre ganze Bildung und Gelehrsamkeit nur Firniß ist, der bei der geringsten Berührung abfällt und die rohen Bestandtheile bloß legt. Grundkomisch sind die Anschauungen über den Socialismus, und hier ist kürzlich einem Blatte das Unglück passirt, zu schreiben, daß unsere Arbeiterbewegung und der Socialismus zwei verschiedene Dinge wären, daß die erstere nützlich und der zweite schädlich sei! Wird doch Alles aufgestellt! Hat doch erst kürzlich ein Leipziger Bourgeois in der „Gartenlaube“ zu beweisen versucht, daß das einzige Mittel, welches der deutschen Nation Kraft verleihen und ihre Gesundheit erhalten könne, das Baden in kaltem Wasser wäre. Mir scheint, daß die deutsche Nation in den letzten 15 bis 16 Jahren genug im Wasser gebadet hat, es wäre also bald an der Zeit, daß sie in's Trockene käme. — Mit solchem Blödsinn wird in den Blättern der „Gebildeten“ aufgewartet. Doch hören wir, was ein hiesiges Käseblättchen seinen Lesern — es sind zwar nur wenige — aufgetischt. Das Wochenblatt „Arbejderen“ — Der Arbeiter — im Jahre 1868 von den hiesigen Schulze-Delitzschianern gegründet und sich selbst Organ für Selbsthülfe, für Arbeiterbildungs-, Haushaltungs-, Kranken-, Sterbe-, Unterstützungs-, Spar-, Bau- und Gott weiß, was für Vereine nennend — doch trotz dieses prahlenden Titels nur nahe an 300 Abonnenten zählend — brachte Sonntag, den 12. Dezember, folgenden Artikel. Unter der Ueberschrift: „Das große Kapital“ schrieb besagtes Blättlein:

„Ein deutsches Arbeiterblatt theilt folgenden, recht interessanten Zug von der Geschichte des großen Kapitals mit, einen Zug, der besonderes Interesse für Diejenigen haben kann, welche beständig das große Wort führen: nämlich, daß die Arbeitgeber sich von dem Schweiß der armen Arbeiter bereichern. Als die neue Wasserkunst in Berlin angelegt wurde, fand eine Licitation statt über die zur Ausführung der Arbeit nothwendigen Maschinen. Es wurden acht Angebote eingereicht, wovon das höchste auf 728,000 Kronen lautete, eins auf 678,000, das folgende auf 489,000 und die zwei niedrigsten auf 320,000 und 310,000. Da der Unterschied zwischen den verschiedenen Summen so groß war, erregte dies eine allgemeine Aufmerksamkeit, und man kam zur Ueberzeugung, daß besondere Umstände dabei stattfinden müßten. Das Angebot von 320,000 wurde endlich angenommen, und da man den betreffenden Fabrikanten, Borsig in Berlin, fragte, wie es ihm denn möglich wäre, eine solche Arbeit für diesen niedrigen Preis zu liefern, erklärte er, daß er dieses gethan hätte, um seine Arbeiter zu beschäftigen. Die Arbeit würde ihm 270,000 Kronen mehr kosten und wenn er nicht im Besitz von Werkstätten wäre, wo er Vieles selbst machen könne, was Andere kaufen müßten, würde die Summe noch nicht ausreichen. Der einzige Beweggrund wäre also der, daß er durch Uebernahme obiger Anlage seine Arbeiter beschäftigen konnte, da er sonst gezwungen gewesen wäre, wegen der herrschenden Stille des Arbeitsmarktes, ihnen den Abschied zu geben. Die Summe, welche also nothwendig war, um das Werk zu vollführen, belief sich auf 590,000 Kronen, und von den 8 Angeboten waren sechs unter diesem Preise. Es zeigt sich also hier, daß außer Borsig noch fünf Andere ganz dieselben Beweggründe hatten. Es ist, wie schon gesagt, ganz interessant, dieser Thatsache Erwähnung zu thun, erstens, weil es sich zeigt, daß die Arbeitgeber nicht immer so große Kapitalien verdienen, wie die Socialisten gern erzählen wollen, zweitens, daß viele der Herren Fabrikanten große Rücksichten gegen ihre Arbeiter nehmen und sich oft nicht bedenken, bedeutende Opfer für dieselben zu bringen.“

So weit unser Käseblättchen! Ich will doch hoffen, daß keiner meiner geehrten Parteigenossen während des Lesens gelacht hat; nur möchte ich Diejenigen bitten, die etwas Genaueres von dieser Fabrikanten-Humanität wissen, es im „Neuen Social-Demokrat“ bekannt zu machen; denn daß obige Geschichte eine grobe Lüge ist, daran braucht wohl kaum zu zweifeln sein. — Mit socialdemokratischen Grüßen an alle deutschen Parteigenossen

C. W. Klein.

Erfurt, 22. Dez. (Versammlungs-Auflösung in Naumburg a. d. S.) Montag, den 20. dss., fand in Naumburg eine Volksversammlung statt, welcher „höhere“ Mächte ein baldiges Ende bereiteten. Nachdem ich ungefähr 30 Minuten gesprochen, wobei ich mich großer Ruhe und Objektivität befleißigt, äußerte ich hinsichtlich des heutigen Produktionssystems Folgendes: „Eine richtige planvolle Produktionsweise ist nur möglich, wenn die Produktion nach der Konsumtion geregelt wird, das heißt, wenn man statistische Ermittelungen anstellt, wie viel zum Verbrauch erforderlich ist. Wenn statistische Bureaux auch immerhin der Gesellschaft eine erhebliche Summe Geldes kosten, so geschieht dies dennoch für einen der menschlichen Gesellschaft sehr nützlichen Zweck und ist wohl wirkender, als ungeheure Summen für Militärzwecke zu verwenden, deren Budget fast ein bodenloses zu nennen ist. . . . . Hier wurde ich von dem überwachenden Kommissar unterbrochen, indem er bemerkte, „die Versammlung ist aufgelöst und Sie sind verhaftet“. Das erstaunte Publikum verließ in musterhafter Ordnung das Lokal. Ich wurde kurz darauf wieder entlassen, nachdem festgestellt war, daß mein Wohnsitz in Erfurt ist und ich ja ohnedies nicht „aus der Welt laufen werde“. Gegen diese Auflösung ist bei der königlich preußischen Regierung zu Merseburg Beschwerde eingereicht.

Mit social-demokratischem Gruß F. H. Klute.

Konstanz, 18. Dez. (Volksversammlung.) Samstag, den 18. Dez. hielten wir nach langer Zeit wieder eine Volksversammlung ab, worin Freund Hackenberger aus Pforzheim über das Programm der Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands referirte. In's Bureau wurden als erster Vorsitzender J. Pönitz, als zweiter A. Weil und als Schriftführer Unterzeichneter gewählt. Herr Hackenberger referirte klar und zog, gelegentlich der indirekten Steuern, die Hauptpunkte aus der Rede des Fürsten Bismarck im deutschen Reichstage über Bier- und Petroleumsteuer an. Allgemeinen Beifall zollte die Versammlung zum Schluß. Sodann wurde eine während des Vortrages eingelaufene Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verspricht, zur Verwirklichung der socialistischen Prinzipien mit aller Kraft einzutreten! Eine Tellersammlung für die strikenden Weber in Lagensalza ergab die Summe von 3,51 Mark.

Tschacsch, Schriftführer.

Bremen, 25. Dez. (Zur Beachtung für Schlachter.) Die Schlachtermeister der freien Hansestadt Bremen wollen ihren Gesellen Arbeitsbücher oder Entlassungs-Karten aufdringen. Die hiesigen Gesellen gehen selbstverständlich auf eine solche Behandlung nicht ein und beantworten ein solches Vorgehen der Herren Meister lieber durch einen Strike. Alle Schlachtergesellen Deutschlands werden daher ersucht, den Zuzug bis auf Weiteres von hier fern zu halten.

Carl Schmidt, Louis Beier,
Altgesellen.

NB. Sämmtliche Arbeiterblätter werden um Abdruck ersucht.

Halle a. d. S., 22. Dezember. (An die Abonnenten der Parteipresse.) Zum bevorstehenden Quartalswechsel ersuche ich die Parteigenossen, für Gewinnung neuer Abonnenten auf unsere Parteiblätter „Neuer Social-Demokrat" und „Volksstaat" thätig zu sein. Ebenso werden Abonnements auf die socialistische Zeitschrift „Die Neue Welt" zum Preise von 1,30 Mark per Quartal von uns entgegengenommen. Die Bestellungen müssen jedoch rechtzeitig eingehen, wenn Verzögerungen in der Zustellung der Blätter vermieden werden sollen. Leider haben wir noch manchen Restanten vom vierten Quartal unter unseren Abonnenten zu verzeichnen und fordere ich dieselben hiermit auf, ihrer Pflicht zu genügen, wenn die Kommission in ihrer Wirksamkeit nicht gelähmt werden soll. Abbestellungen bisheriger Abonnements können nach dem 1. Januar nicht mehr angenommen werden.

Für die Zeitungs-Kommission:
H. Rödiger, große Steinstraße 73.

Lübeck, 26. Dezbr. (An die Leser und Abonnenten) des „Neuen Social-Demokrat", des „Volksstaat", der „Neuen Welt" und des „Hamburg-Altonaer Volksblatts". Parteigenossen, wiederum stehen wir am Ende eines Quartals. Darum fordere ich Euch auf, zum nächsten Jahre von Neuem zu abonniren. Thue Jeder seine Pflicht und Schuldigkeit. Mit social-demokratischem Gruß

C. Schirner.

Cottbus, 24. Dezember. (Die Abonnenten des „Neuen Social-Demokrat") ersuche ich, das Abonnementsgeld mir sofort zustellen zu wollen. Abonnements auf die „Neue Welt" (in Heften à 30 Pf.) nehme ich ebenfalls entgegen. J. Teichert.

Altendorf, 25. Dezbr. (Abonnementseinladung.) Parteigenossen, mit Zufriedenheit dürfen wir auf das Abonnement des vorigen Quartals blicken. Dank den Bemühungen der Zeitungskommission in Verbindung mit der Opferwilligkeit aller hiesigen Parteigenossen ist die Zahl der hiesigen Abonnenten auf die beiden Parteiorgane auf 62 gestiegen. Wenn dieses auch für Altendorf ein gewiß günstiges Resultat ist, so müssen wir uns dennoch sagen, daß in Anbetracht der zahlreichen Arbeiterbevölkerung hiesigen Orts mehr geleistet werden kann und mehr geleistet werden muß, und das umsomehr, weil uns zur Zeit dadurch, daß uns keine Lokale zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen zu Gebote stehen, die Möglichkeit einer öffentlichen Agitation vollständig genommen ist, und wir zur Verbreitung unserer Prinzipien einzig und allein auf die Parteiblätter angewiesen sind. Parteigenossen! Wenn wir betrachten, wie an allen Orten unter den Gesinnungsgenossen gleichsam ein Wettstreit zur Verbreitung der Parteiorgane entstanden ist, wie die eine Stadt die andere zu überbieten sucht, dann ist es gewiß auch für uns an der Zeit, aufzuwachen und mit voller Kraft Hand an's Werk zu legen, und das umsomehr, als wir unsern Gegnern zu zeigen haben, daß trotz aller Maßregelungen und Beeinflussungen auch hierorts die Bewegung nicht nur nicht stille steht, sondern ersichtlich Fortschritte macht. Bleiben denn, thuen wir auch für das nächste Quartal Alle unsere Schuldigkeit, suche Jeder nach dessen Kräften neue Abonnenten zu gewinnen, zeigen wir durch ein erhöhtes Abonnement, daß alle Maßregelungen erfolglos an dem Felsen zerschellen, auf welchen wir die Kirche der Gegenwart bauen. Die Unregelmäßigkeit in Bestellung der Blätter ist nicht Schuld der Boten gewesen, sondern hat an der Post gelegen. Auf eine desfallsige Beschwerde ist Abhülfe versprochen worden. H. Strumpen.

Ein Avis für das neue Krankenkassen-Gesetz.

Was für eine Wirthschaft in den Krankenkassen herrscht, welche unter dem Patronat eines Fabrikanten stehen, lehrt nachstehender, uns aus Vockenheim bei Frankfurt am Main berichtete Vorfall in treffender Weise.

Wir lassen zunächst die Hauptstellen des Statuts folgen:

§ 1.

Jeder in der Fabrik beschäftigte Arbeiter ist verpflichtet, der Krankenkasse beizutreten, und zwar kann derselbe erst dann als Mitglied aufgenommen werden, nachdem er 4 Wochen in gesundem Zustande daselbst beschäftigt war, und hat derselbe am ersten Zahltage nach dieser Zeit das im § 2 bestimmte Einschreibegeld und den ersten Beitrag zu entrichten, sowie die Statuten in Empfang zu nehmen, und den Preis dafür, welchen der Vorstand bestimmt, zu entrichten. Zu gleicher Zeit hat er vom Arzte der Kasse einen Gesundheitsschein beizubringen; die Kosten dieser Untersuchung trägt die Kasse.

§ 2.

Die Beiträge bestehen, mit Ausnahme der in § 3 vorgesehenen Fällen in:

1) einem Einschreibegeld von 48 kr. und wöchentlichem Beitrag von 6 kr.
für Arbeiter, die über 7 fl. Lohn haben;
2) einem Einschreibegeld von 30 kr. und wöchentlichem Beitrag von 3 kr.
für Lehrlinge und Arbeiter, die bis 7 fl. Lohn haben;
3) von je 5 fl. Akkordrestzahlungen 3 kr.

Diese Beträge sind an jedem Zahltage zu entrichten.

Es steht jedoch den in Abschnitt 2 bezeichneten Arbeitern und Lehrlingen frei, sobald ihr Lohn das zu erhaltende Krankengeld übersteigt, die in Abschnitt 1 bezeichneten Beiträge zu zahlen, um dafür das dagegen laut § 4 bestimmte Krankengeld beziehen zu können.

Die in der Fabrik erhobenen Strafgelder fließen nach Ermessen des Chefs als außerordentliche Beiträge der Kasse zu.

§ 3.

Die in § 2 bestimmten Beiträge werden mit Ausnahme der, der Kasse fortwährend zufließenden Eintritts- und Strafgelder, nur so lange erhoben, bis sich der Kassenbestand auf 250 fl. beläuft und unterbleiben dieselben alsdann, bis der Kassenbestand durch ausbezahlte Krankengelder auf 150 fl. herabgesunken ist. Neu eingetretene Mitglieder haben jedoch ¼ Jahr lang ununterbrochen ihren Beitrag zu entrichten, und erkranken solche in dieser Zeit, dann können sie nur ¾ des gewöhnlichen Krankengeldes beanspruchen, bei Verletzung während des Berufes wird jedoch der ganze Betrag ausgezahlt.

§ 4.

Jedes erkrankte Mitglied hat sich unbedingt beim Beginn seiner Krankheit dem Vorstande anzumelden, welcher einen Krankenschein verabreicht, auf dem der das Mitglied behandelnde Arzt die Art und den Tag des Erkrankens bescheinigt und erhält der Kranke vom Tage seiner Anmeldung jede Woche die statutenmäßige Unterstützung. Sollte ein Mitglied nicht länger als 3 Tage krank sein, so hat es keine Unterstützung zu beanspruchen, nur bei Verletzung in seinem Berufe wird ihm sofortige Unterstützung zu Theil.

Die Krankengelder bestehen in:
48 kr. per Tag für Arbeiter laut § 2 Abschnitt 1,
24 „ „ „ „ § 2 „ 2,
und werden dieselben dem Betreffenden jede Woche, wenn es der Zustand des Kranken erlaubt, direkt oder indirekt durch den Vorstand in seiner Wohnung gegen Quittung überreicht. Bei Mitgliedern, welche während ihres Kranksein in einem Hospital verpflegt werden, wird dasselbe erst beim Austritt aus demselben nach Abzug der etwa zu entrichtenden Kosten verabfolgt.

§ 9.

Die alljährliche Generalversammlung muß 14 Tage vorher bekannt gemacht werden, und müssen etwaige Anträge mindestens 8 Tage vor Beginn derselben bei dem Vorstande schriftlich eingereicht werden, um sie bei Zulässigkeit auf die Tagesordnung setzen zu können.

§ 10.

Der Prinzipal bleibt für alle Zeiten der Kassirer, sowie ebenfalls mit der Führung und Verwaltung der Krankenkasse betraut, kann jedoch keine Auszahlung ohne Zustimmung des Vorstandes machen.

§ 12.

Der Vorstand ist verpflichtet, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, wenn der Antrag schriftlich unter Begründung, und von mindestens der Hälfte der Mitglieder unterzeichnet, eingereicht wird.

Es wurde bei den meisten Mitgliedern jener Kasse der Wunsch rege, den § 4 der Statuten dahin abzuändern: „Arzt und Apotheker werden von der Kasse bezahlt" ꝛc. ꝛc. Den Anstoß hierzu gab der Umstand, daß Jeder, welcher während seiner Krankheit arbeiten konnte, keinen Anspruch auf Krankengeld hatte. Ehe der Arbeiter aber nicht ganz arbeitsunfähig wird, legt er sich nicht in's Bett, um 48 kr. Krankengeld zu beziehen. So kam es, daß ein Mitglied schon über 2 Gulden aus eigenen Mitteln dem Apotheker bezahlt hatte — er hatte ein Augenleiden, welches ihn nicht ganz arbeitsunfähig machte —; die Rechnung des Arztes war von ihm noch zu bezahlen. Jede Entschädigung aus der Kasse unterblieb nicht nur, sondern er mußte fort und fort seinen Beitrag entrichten. Es wurde nun in der Generalversammlung — Mitte Februar d. J. — der Antrag auf Statutenänderung gestellt. Derselbe stieß auf heftigen Widerstand seitens der Werkführer und mußte endlich abgelehnt werden, weil auf § 9 Seite 7 nicht Bedacht genommen war. Einige Tage nachher wurde ein Circular herumgeschickt, um nach § 12 eine außerordentliche Generalversammlung herbeizuführen. Hiergegen waren aber die Herren Prinzipale und Werkführer ebenfalls. Trotzdem unternahm ein Mitglied das Sammeln der Unterschriften. Still wurde er in's Comtoir beordert und ihm bedeutet, daß er die Agitation zu unterlassen habe, was auch eben so still geschah. Nun wurde Schreiber dieses von den übrigen Arbeitern zum Sammeln der Unterschriften aufgefordert, was auch geschah. Gerade hatte ich zwei Stimmen über die Hälfte und hätte leicht die Unterschriften von drei Viertel der Mitglieder erhalten, als ich ebenfalls in's Comtoir gerufen und folgendermaßen empfangen wurde. Ein Werkführer beginnt: „Hören Sie, wer unsern Wünschen und Willen zuwiderhandelt, den können wir nicht brauchen!" — Ich antwortete: „Ich wüßte nicht, in wiefern ich ihren Wünschen und ihrem Willen nicht nachgekommen wäre." Man erwidert: „Nun, daß wir von einer Statutenänderung nichts wissen wollen, wird Ihnen wohl bekannt sein." Ich entgegne: „Die meisten Mitglieder wünschen aber nochmals eine Generalversammlung und es wird sich doch dann ausweisen, was dieselben wollen!" „Nun wissen Sie" — lautet die Antwort — „hier in unserer Fabrik hat Niemand etwas zu wollen, hier ist unser Wille Gesetz, und wer da meint, selbst einen Willen zu haben, muß sofort die Arbeit meiden." Darauf wurden verschiedene der Unterzeichner hereingerufen und uns Allen bedeutet, wer auf einer Statutenänderung bestände, müsse sofort die Arbeit verlassen. Und wenn alle Arbeiter gingen, wären in 14 Tagen mehr da, als gebraucht würden. Bedenklich sahen wir uns einander an und endlich meinte Einer, wenn die Sache so läge, könnte freilich nichts daraus werden. Ergrimmt zog ich das Circular aus dem Busen und ohne zu fragen, strich ich sämmtliche von mir gesammelten Unterschriften durch und ging an meine Arbeit. Trotzdem ließ man mich die Opposition noch fühlen, und 14 Tage später hielt ich es nicht mehr aus und ging. Ein Arbeiter.

Die Adresse des Sekretariats der Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ist jetzt

Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

J. Auer. C. Derossi.

Briefkasten.

Herrn Th. Mat, Rehden, Westpr. „Spiegelberg, ich kenne Dir!" Die Social-Demokraten sind sonst ganz gut — nur den Papst müssen sie zufrieden lassen, nicht wahr?

Gisler, Barmen. Werde Ihrem Wunsch entsprechend Sonntag in 14 Tagen nach dort kommen, Versammlung wo möglich früher einberufen. Ihre Adresse und die eines zuverlässigen Parteifreundes von Remscheid erbitte mir schleunigst.

H. Strumpen, Altendorf bei Essen.

Anzeigen.

Berlin. Freitag, 31. Dezember, Abends 7½ Uhr,
im Louisenstädtischen Theater,
Großes Sylvester-Fest
des Socialistischen Arbeiter-Wahlvereins.
Karten vorher 50 Pf., an der Kasse 75 Pf.
Kein Parteigenosse darf fehlen.
(F. 29.) A. Heinsch. [2,00]

Berlin. Sonntag, den 2. Januar, Vorm. 10 Uhr,
Sophienstraße 15,
Große Volksversammlung.
Tagesordnung in Nr. 1 der „Berliner Freien Presse".
Parteigenossen, erscheint zahlreich.
(F. 29.) A. Heinsch. [2,00]

Die Gesinnungs-Genossen Berlins werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die vom 1. Januar 1876 ab täglich erscheinende „Berliner Freie Presse" in allen Verkehrs-Lokalen zu finden ist, überhaupt für die weiteste Verbreitung zu agitiren.
Die Zeitungskommission.

Berlin. Mittwoch, 29. Dezember, Abends 8 Uhr,
bei Herrn Hahna, Lothringerstr. 37,
Versammlung der Mitglieder der Hülfs-Krankenkasse.
T.-O.: Regelung der Beiträge und des Krankengeldes. Verschiedenes. [1,60]
Fritz Kindermann.

Düsseldorf. Der social-demokratische Wahl-Verein veranstaltet unter gefl. Mitwirkung des Arb.-Gesangvereins „Freiheit" am Samstag, 1. Jan., in der Centralhalle, am Wehrhahn, eine **Abend-Unterhaltung,** verbunden mit **Weihnachts-Verloosung und Tanz.**
Anfang 6 Uhr. Entrée 30 Pf. Damen frei. — Parteigenossen und Freunde sind bestens eingeladen. [2,40]
Das Comité.

Hamburg. Donnerstag, 30. Dec., Abends 8 Uhr,
bei Herrn Ohl, Spitalerstraße 18,
Versammlung d. Interessenten d. Zimmerer-Unterstützungskasse.
Tagesordn.: Fortsetzung der Statutenänderung. Unterstützungsgesuch.
(F. 40.) Der Vorstand. [2,20]

Hamburg. Donnerstag, 30. Dec., Abends 8½ Uhr,
im Salon zum Roland, 1. Jakobstr. 19,
Mitgliederversammlung des Allgem. deutsch. Gypser- und Stuckateur-Vereins.
Tagesordn.: Abrechnung und Vereinsangelegenheiten.
(F. 1.) F. Becker. [2,20]

Hamburg. Donnerstag, 30. Dez., Abends pr. 8 Uhr,
bei Hübner, große Rosenstr. 37,
Geschlossene Mitglieder-Versammlung des Allgem. deutschen Töpfer-Vereins.
T.-O.: Abrechnung des Ausschlusses von 1874/75.
(F. 116.) H. Falke. [2,20]

Altona. Donnerstag, 30. Dezember, in Koppelmann's Salon,
Versammlung.
Näheres durch das „Hamb.-Alt. Volksblatt" und durch Plakate.
(F. 20.) Gundelach. [1,40]

Bremen. Mittwoch, 29. December, Abends 8½ Uhr,
in der Herrmannshalle,
Oeffentliche
Versammlung der Socialistischen Arbeiter-Partei.
Tagesordn.: Welche Gesetzgebung verbürgt und garantirt wahre Freiheit? — Referent: Herr Frick. (F. 67.) (2,80)
Zutritt frei für Jedermann.

Ottensen. Mittwoch, 29. Dezember, Abends 8½ Uhr,
in Burmeister's Salon,
Oeffentliche
Volksversammlung.
Tagesordn.: Vortrag des Herrn Max Stöhr aus Berlin.
Die Parteigenossen werden ersucht, für diese Versammlung zu agitiren.
(F. 63.) F. Heerhold. [2,00]

Eimsbüttel. Sonntag, 22. Januar 1876,
in Lübber's Salon,
Großes Vokal- und Instrumentalconcert
unter Mitwirkung
mehrerer Liedertafeln.
Nachher: **Großer Ball,**
arrangirt von der
Socialistischen Arbeiterpartei.
Karten im Voraus, gültig für einen Herrn nebst Dame, 30 Pf. An der Kasse 40 Pf.
Kassenöffnung 7½, Anfang 8 Uhr.
Der Ueberschuß ist für die Parlaments-Wahlkasse bestimmt. [4,40]
(F. 1.) Das Fest-Comité.

Gaarden. Donnerstag, 30. Dez., Abends 8 Uhr,
im „Trichter",
Parteiversammlung.
T.-O.: Die Kandidatenfrage.
H. Ramm. [1,40]

Eckernförde. Sonntag, 2. Januar, Nachm. 4 Uhr,
im Lokale der Wittwe Hensen,
Volksversammlung.
T.-O.: Vortrag über Verfassungswesen.
Ref.: C. Meyer. J. A.: Clement. [1,40]

Duisburg. Den 1. Jan., im Lokale des Hrn. Adolf Feige,
Gemüthliche Abend-Unterhaltung
des Gesangvereins **„Teutonia"**,
bestehend in [1,60]
Vokal- und Instrumental-Concert nebst Deklamationen.
Parteigenossen sind eingeladen.

Einladung zur Landes-Versammlung sächsischer Socialdemokraten,

welche zu **Chemnitz, Sonntag, den 9. Januar 1876,** von **Vormittags 10 Uhr in Türk's Saal,** Königsstr. 8, stattfindet. Tagesordnung: 1) Besprechung der nächsten Reichstagswahlen. — 2) Berathung bezüglich des Vorgehens der Partei zur Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für den sächsischen Landtag und die Gemeinde-Kollegien.

Indem wir die sächsischen Parteigenossen um zahlreiche Betheiligung bitten, bemerken wir, daß **Sonnabend, den 8. Januar, Abends 8 Uhr,** ein

allgemeiner Kommers im Elysium

zur Begrüßung der Gäste von den Chemnitzer Parteigenossen in Aussicht genommen ist; die Letzteren werden für die auch schon Sonnabend eintreffenden Parteigenossen Frei-Quartiere besorgen und ist zu diesem Zwecke die rechtzeitige Anmeldung bei dem mitunterzeichneten Lokal-Comité erforderlich.

An das Letztere wolle man auch etwa noch zur Tagesordnung zu bringende Anträge **bis zum 1. Januar nächsten Jahres** einreichen.

Bebel. Geib. Liebknecht. Motteler. Bahlteich.
(F. 100.) Für das Lokal-Comité:
Philipp Wiemer, Poststr. 34, Chemnitz.

Zum Empfang der Delegirten befinden sich Sonnabend Abends, so wie Sonntag Morgens auf den Bahnhöfen an **weißen Schleifen** erkenntliche Mitglieder des Lokal-Comité's.

Diejenigen Genossen, welche in der Richtung Hof—Chemnitz schon Sonnabend hier eintreffen, werden gebeten, in der Vorstadt Nicolai auszusteigen. [11,20]

Cöln. Sonntag, den 2. Januar, Vorm. 10½ Uhr,
im Schloß Bensberg, Heumarkt 68,
Arbeiterversammlung.
Tagesordn.: Der Hülfskassen-Gesetzentwurf im Reichstage. [1,40]

Frankfurt a. M.
Samstag, 1. Jan., Abends 6 Uhr,
im Lokale des Herrn Pfuhl, Zeil 47,
Abend-Unterhaltung des dramatischen Clubs „Herwegh". [1,00]

1 durchaus tüchtiger Drechsler,
1 Blocksägen- u. Fournir-Schneider,
Letzterer muß beide Sägen genau kennen und tadellose Arbeit liefern, **werden gesucht.** Offerten sub Z. 2500 an Rudolf Mosse in Breslau. (F. 86.) [5,50]

Als Verlobte empfehlen sich: [1,50]
Herm. Kleinitz, Bertha Schmoock.
Rostock. Den 24. Dez. Berlin.

An Stelle der **„Deutschen Reichs-Spinn-Stube"** erscheint von Neujahr ab die

Friedens- und Freiheits-Post,

Redakteur: **John Reitenbach-Plicken,**
in Königsberg i. Pr., wöchentlich 8 Quartseiten stark, bringt in volksthümlichstem Tone zeitgemäße Leitartikel, politische Nachrichten, Provinzielles, naturhistorische und landwirthschaftliche Notizen, Erzählungen ꝛc., und hält die Fahne der Demokratie hoch. — Für 75 Pf. das Quartal bei allen Postanstalten zu bestellen. Insertionen 20 Pf. die Zeile. (F. 114.) [4,00]

Englischleder-Anzüge
(anerkannt beste Qualität)
versenden zollfrei gegen Postvorschuß Jaquet Mk. 17,00, Hose 9,60, in weiß 9,50, Weste Mk. 4,00, bestes Englisch-Leder pr. Meter Mk. 3,60. (F. 84.) [4,50]
Henry Isaacs u. Co., Altona, Kl. Elbstr. 22, im alt. engl. Laden.

Druck und Verlag der Allg. deutschen Associations-Buchdruckerei zu Berlin, Eingetragene Genossenschaft, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a. Verantwortlich für die Redaction: H. Lange in Berlin.